

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



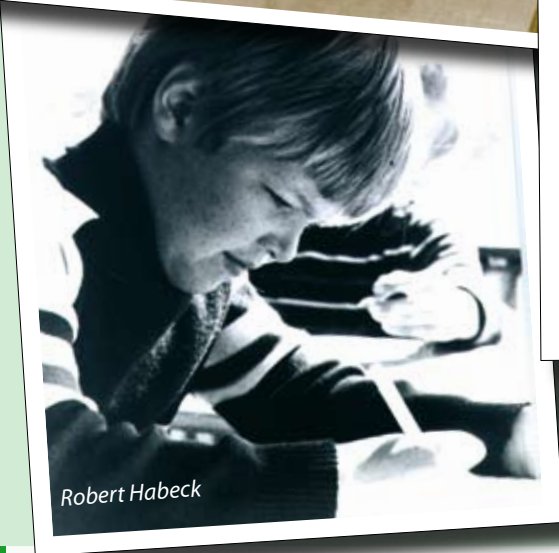
Markus Stiegler



Karl-Martin Hentschel



Anke Erdmann



Robert Habeck

Schule von unten

landesverband | Seite 3

Kita is(s)t gut

landtag | Seite 7

Städte schrumpfen. Stirbt Stadtkultur?

bundestag | Seite 9



Detlef Matthiessen



Monika Heinold



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

Die große Koalition ist weit davon entfernt, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Sie kuschelt in der Verwaltungsreform vor ihren Funktionären. Die Regionalschule, die sie jetzt aus Angst vor der eigenen Einsicht einführen, ist zum Scheitern verdammt, sie ist weder weiterführend noch zukunftsfähig, weder durchdacht noch praktikabel. Sie ist eine Sackgasse. Und zwar eine, in die Kinder geschickt werden. Und die Kinder werden dort ihrer Lebenschancen beraubt.

Uns haben sie im Wahlkampf Bildungssozialismus vorgeworfen. Dabei ist es genau anders herum: das dreigliedrige Schulsystem schreibt bereits Zehnjährigen vor, welche beruflichen Perspektiven sie später haben - oder auch nicht. Das ist leistungsfeindlich, fremdbestimmt und obrigkeitstaatlich.

Für das Konzept eines eingliedrigen, differenzierten Schulsystems und für eine Verwaltungsreform, die Bürgerbeteiligung und kommunale Identität und Handlungsfähigkeit wieder herstellt, wurden wir noch im Wahlkampf heftig gescholten. Das wird in Zukunft nicht mehr so leicht möglich sein. Und das bietet uns die Chance, mehr über das Warum, statt über das Wie zu reden. Denn dass es uns bislang schwer fiel, für unsere Positionen eine Mehrheit zu gewinnen, lag daran, dass wir uns gegen einen oberflächlichen Populismus wehren mussten. Wir mussten zu viel über Systeme sprechen und zu wenig über die einzelnen Menschen. So entstand eine Kultur des Misstrauens an den Schulen, alle fühlten sich überfordert und fremdbestimmt. Hier müssen wir neu ansetzen. Jetzt gibt es die Chance dazu. Es ist eine große Chance für eine zukunftsweisende Politik. Es ist unsere Chance. Ergreifen wir sie!

Euer Landesvorstand
Marlies, Robert, Anke und Markus



BDK lehnt neues Logo ab – Logo ?!

Von Markus Stiegler

Die massive Kritik auf der Bundesdelegiertenkonferenz hat den Bundesvorstand veranlasst, das neue Parteiloگو zurückzuziehen. Eigentlich schade – aber lag diese „Notbremsenaktion“ allein am Logoentwurf? Wohl kaum. Aus meiner Sicht war es an der Zeit, für ein neues Logo. Positiv gesehen sah der vorgelegte Entwurf frischer und moderner aus und behielt dennoch die Sonnenblume als wesentliches Stilelement ebenso wie die vertrauten Farben gelb, grün und blau. Natürlich bleibt so etwas wie ein Logo immer umstrittene Geschmackssache. Zur Ablehnung der Delegierten führte jedoch eher die Art und Weise der innerparteilichen Abstimmung und Beteiligung. Es fehlte an der Begründung für ein neues Logo und mehr noch an der politischen Kommunikation über die Entscheidung, warum Bündnis 90 in den Hintergrund gerückt ist. Die Vereinigung mit Bündnis 90 war mehr als eine politische Selbstverständlichkeit, es war ein demokratischer und emanzipatorischer Glücksfall für DIE GRÜNEN. Nicht von ungefähr kam daher das verständliche Nein besonders aus den fünf neuen Bundesländern.



Wenn ich auch als Schatzmeister durchaus die Folgekosten eines neuen Logos vom Briefpapier bis zum Sonnenschirm sehe, so würde der Partei eine optische Auffrischung dennoch gut tun. Werbung, die Außendarstellung, das Logo einer Partei sind heute wesentliche und notwendige Bestandteile der politischen Kommunikation. Eine überzeugende, der Zukunft zugewandte Politik ersetzen sie natürlich nicht. Mein Rat an den Bundesvorstand: Zurück auf Los? Na Logo!



Schule von unten

Wenn Eigenverantwortung und Raum für Initiativen bestehen, wird sich die Schullandschaft dynamisch verändern – getragen von denen, die Schule machen, nicht von denen, die Schule verwalten.

Von Anke Erdmann

Im Sommer stimmten die niedersächsischen Grünen einem Gesetzentwurf der CDU-FDP-Landesregierung zu. Was war passiert? Im Rahmen einer Schulgesetzreform wurde die eigenständige Schule von Cuxhaven bis Göttingen eingeführt.

Im Grunde ist das eine Urgrüne Forderung: Verantwortung für sich und eine Gemeinschaft zu übernehmen und zu sehen, dass Mitbestimmung sich lohnt – das ist zentral, wenn es um Grüne Schulpolitik geht.

Unsere Schulen sind überreguliert – sie brauchen mehr Freiheit, selbst zu gestalten!

Mehr Freiheit für die Schulen

Wer mit dem Bürokratieabbau Ernst machen will, sollte an den Schulen anfangen. Wie viel Dynamik entstehen kann, wenn die Schulen von bürokratischen Fesseln befreit werden, kann

man in Skandinavien verfolgen. Das bedeutet im Gegenzug mehr Verantwortung für die Schulen. Aber genau das ist es, was engagierte LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen schon lange fordern.

Im Überblick bedeutet das:

- die stärkere Beteiligung von SchülerInnen und Eltern
- eine Schlüsselposition der Schulleitungen
- eine weitgehende Autonomie in Finanz- und Personalfragen und der Gestaltung der Schule als LernORT
- den Abbau der Verwaltungsvorschriften

Unsere Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. So kommt in die Debatte um die sogenannte „Schulreform“ bei uns Zukunftsperspektive und frischer Wind. Die Niedersachsen hat übrigens auf halber Strecke der Mut verlassen, die Reform ist halbherzig.

Birgt es in Zeiten knapper Kassen ein Risiko, die finanzielle Verantwortung auf

die Schulen abzuwälzen? Die demographische Entwicklung wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren spürbare Erleichterungen im Bildungssektor bringen. Das gibt den Gestaltungsspielraum, der die Eigenverantwortliche Schule für die Menschen vor Ort attraktiv macht.

Der Ansatz „Eigenständige Schule“ ist nicht nur inhaltlich stark, er hat auch einen Vorteil in der politischen Diskussion: Die altbekannte „Kampflinie“ in der Schulpolitik – BefürworterInnen der Gemeinschaftsschule einerseits und

Eine echte Reform kommt von innen

Gymnasium/Realschule/Hauptschule andererseits – kann verlassen werden. Statt sich an der äußeren Struktur der Schule zu orientieren, geht es um die innere Strukturreform an den Schulen. Das ist ein grundlegender Wechsel in der Ausrichtung der Schulpolitik! Unsere Vorstellungen von der Gemeinschaftsschule bleiben aktuell, aber warum soll man es den Schulen nicht selber überlassen, welche Form sie wählen? Es gibt so viele gute Argumente für die Gemeinschaftsschule, dass sich viele Schulen für diese Form entscheiden würden, wenn man sie nur ließe!

In Diskussionen um die Schulreform wird oft skeptisch gefragt: Wie soll das gehen? Geht es um die Eigenständige Schule, sprudeln nach kurzer Zeit die ersten Ideen, was man denn vor Ort ändern könnte.

Wenn Eigenverantwortung und Raum für Initiativen bestehen, wird sich die Schullandschaft dynamisch verändern – getragen von denen, die Schule machen, nicht von denen, die Schule verwalten. ●

Demokratie stärken

Bündnis 90/Die Grünen wollen die direkte Demokratie ausbauen und nicht einschränken. Die Direktwahl ist immer dort demokratisch geboten, wo kommunaler Gestaltungsspielraum besteht.

Von Marlies Fritzen

Vor einiger Zeit wollten CDU und SPD gemeinsam mehr Demokratie wagen, reformierten die Kreisordnung und führten die Direktwahl von (Ober-)BürgermeisterInnen und LandrätInnen ein. Doch dann verlor die SPD ein ums andere Mal die Wahlen oder fand keine geeigneten KandidatInnen in ihren Reihen. Nun findet sie die Direktwahlen auf einmal blöd und will sie abschaffen. Der SSW sekundiert und führt die geringe Wahlbeteiligung insbesondere bei Landratswahlen ins Feld.

Angebote zu machen, die die WählerInnen überzeugen. Umgekehrt wird also ein Schuh daraus: Statt sich in den Elfenbeinturm nicht transparenter Entscheidungen zurückzuziehen soll sich die SPD mehr Mühe geben. Wahlkämpfe bieten eine ideale Gelegenheit, politische Programme und persönliche Fähigkeiten zu kommunizieren und im Dialog mit den BürgerInnen zu überprüfen. Sich dieser Auseinandersetzung unter dem Vorwand der geringen Wahlbeteiligung zu entziehen, zeugt von mangelndem Demokratie-



Wir wünschen uns eine lebendige Demokratie

Doch was sind das für Argumente? Es geht um direkte Demokratie, für die wir als Grüne immer gekämpft haben und weiter kämpfen sollten. Und es geht um Persönlichkeitswahlen. Die BürgerInnen sollen selbst entscheiden, wen sie für geeignet halten, ihre Interessen und die ihrer Kommune und ihres Kreises zu vertreten. Parteien können und sollen an dieser politischen Willensbildung mitwirken. Und sie müssen sich fragen lassen, warum es ihnen nicht gelingt, attraktive politische und persönliche

verständnis. Auch die Wahlen zum Europaparlament zeichnen sich durch eher geringe Beteiligung aus. Sie deshalb abzuschaffen, entspräche der Logik von SPD und SSW, keineswegs aber der demokratischen Forderung.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die direkte Demokratie ausbauen und nicht einschränken. Der Kleine Parteitag hat sich mehrheitlich für die Beibehaltung der Direktwahlen ausgesprochen. Diese soll auch für LandrätInnen gelten, die ja



Auch die schwarz-grüne Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz sollte sich weiter dem Votum der BürgerInnen stellen dürfen

ähnliche Aufgaben haben wie die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Dass sich die Menschen mit den Kreisen weniger identifizieren als mit den Städten und deshalb weniger zur Wahl gehen, spricht für eine Gebietsreform und die Auflösung der Kreise und nicht gegen das demokratische Prinzip! Die Direktwahl ist immer dort demokratisch geboten, wo kommunaler Gestaltungsspielraum besteht und Selbstverwaltungsaufgaben zu erfüllen sind.

Eine höhere Beteiligung könnte aus unserer Sicht durch eine Synchronisation der Wahlperioden von (Ober-)BürgermeisterInnen und LandrätInnen einerseits und kommunalen Vertretungen andererseits erreicht werden, so dass deren Wahlen immer am selben Tag stattfinden. ●

Liebe Freundinnen und Freunde,

bisher hat es noch niemand so richtig verkündet, dass er da ist. Er hat sich, und das soll man erst mal schaffen, breit gemacht und ist plötzlich präsent, ohne dass der Moment seines Eintretens von jemandem so richtig registriert wurde. Dabei hätte ihm gebührt - schon angesichts seiner Bedeutung - angekündigt zu werden. Früher zum Beispiel gab es Ausrufer, die mit dem Empfangsstock auf den Boden pochten und „Graf zu Prunzelschütz nebst Gattin“ riefen oder so.

Nein, er hat sich sozusagen in aller Offenheit herangeschlichen und seine Gegenwart wird heute von niemandem bestritten. Dabei hieß es zu Anfang, es gäbe ihn nicht. Nun ja, einige behaupteten, es gäbe ihn, im Grunde aber eher etwas merkwürdige Figuren - Gutmenschen und Bedenkenträger.

Diejenigen, die sein Kommen ankündigten, nahmen zu an Zahl und Qualität. Diejenigen, die ihn verleugneten, taten dies teils umso heftiger. Man muss die Letzteren verstehen. Niemand will diesen Gast, im Gegenteil: Ein unangenehmer Geselle.

Niemand möge verzeihen, was dann Perfides geschah: Als sein Kommen nicht mehr wegzudiskutieren war, behaupten die bisherigen Leugner, das hätten sie auch immer befürchtet, ja beinahe selber vorhergesagt, dass er kommt.

Die heute Selbstverständliche diskutieren seine gefährliche Gegenwart am liebsten nur in einem Zusammenhang: Verlängerung von Restlaufzeiten der Atomkraftwerke. Wenn in Brunsbüttel oder Kiel Kohlekraftwerke gebaut werden sollen, dann tun sie allerdings wieder so, als sei er gar nicht da, der KLIMAWANDEL.

Detlef Matthiessen, MdL



Grüne fordern neues Konzept für die Beratung von Flüchtlingen

Das Innenministerium hat das Netz von Migrationsozialberatungsstellen zerrissen. Die Organisationen erhielten die Aufforderung, Personal abzubauen. Argument der Landesregierung: Weniger Einwanderung.

Wir haben dagegen die Weiterführung der erfolgreichen Arbeit beantragt und zwar auf der Grundlage eines neuen Konzeptes. Die Landesregierung unterschätzt die aktuelle Notlage der Flüchtlinge. Viele von ihnen leben durch die immer nur kurzfristig verlängerte Duldung in schwierigster Situation. Beratungsstellen verhelfen diesen Menschen zu Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Angelika Birk, sozialpolitische Sprecherin

Wissenschaftsminister schadet dem Land

Wie ein Labyrinth, so sehen die Entscheidungswege im Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung aus. Die von der Koalition angekündigten Ziele „mehr Hochschulautonomie, Transparenz und Entbürokratisierung“ werden durch neue externe Gremien, sowie Demokratieabbau innerhalb der Hochschulen und mehr Bürokratie konterkariert.

Auch die Arbeit der Frauenbeauftragten für mehr Nachwuchswissenschaftlerinnen droht geschwächt zu werden. Der Wissenschaftsminister schadet dem Land. Anstatt mehr Studienplätze für die geburtenstarken Jahrgänge zu schaffen, schreckt er junge Leute durch die Drohung von Studiengebühren ab.

Angelika Birk, hochschulpolitische Sprecherin

Von Monika Heinold

Im Oktober habe ich eine landesweite Kampagne für „bessere Ernährung von Anfang an“ gestartet. Bis zum Sommer nächsten Jahres will ich im ganzen Land Kindergärten besuchen und für unsere Grünen Forderungen werben.

Unsere Zukunft isst und lernt in Kita und Schule – darum fordern wir Grüne:

- Ernährungserziehung in der Kita: Gesunde Nahrungsmittel kennen lernen, naturbelassene Mahlzeiten zubereiten, Esskultur erleben.
- Landesweite Programme zur Prävention von Fett- und Magersucht im Vorschulalter: mit Beratung und Schulung der Eltern.
- Ernährungsbildung an Schulen: Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln lehren, Kochen auf den Stundenplan setzen.
- Gesundes Essen in Kita und Schule: Gesunde Gemeinschaftsverpflegung, die das soziale Miteinander beim Essen fördert, zu sozial gerechten Preisen: Damit wie in Frankreich alle Kinder eine warme Mittagsmahlzeit bekommen.



Die Gesundheit der Kleinsten liegt Monika Heinold am Herzen

- Gesunde Ernährung aus der Region: Vernetzung von Kita und Schule mit örtlichen Landwirten, Bäckern, Fleischern und Lebensmittelhändlern – damit man weiß, was auf den Tisch kommt.



Unsere Zukunft isst und lernt in Kita und Schule

Kita is(s)t gut: Von klein auf gesund ernährt!

Hintergrund der Kampagne

In Deutschland gibt es zu viele dicke Kinder. Wir Grüne haben schon unter Renate Künast damit begonnen, auf dieses Thema hinzuweisen. Rund 15 Prozent aller 3-17jährigen sind übergewichtig. Außerdem nehmen Essstörungen wie Magersucht und Fettsucht zu – fast jedes fünfte Kind hat kein normales Essverhalten.

Falsche Ernährung ist ein gesellschaftspolitisches Problem

Die Folgen der Fehlernährung führen nicht nur zu persönlichem Leid, sie kosten auch Geld. So wird geschätzt, dass die Krankenkassen jährlich rund 80 Milliarden Euro für die Behandlung von Krankheiten ausgeben, die auf ungesunde Ernährung zurück zu führen sind. Tendenz steigend!

Kinder haben ein Recht auf gesunde Ernährung

Die Bundesrepublik Deutschland hat 1992 die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet und sich verpflichtet, das „Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ anzuerkennen und „Fehlernährung“ zu bekämpfen.

Kinder müssen früh lernen, sich gesund zu ernähren

Schon in der Kindheit werden Ernährungsgewohnheiten geprägt und Geschmacksvorlieben gebildet, die oft ein Leben lang beibehalten werden. Deshalb müssen wir Kindern zeigen, dass gesundes und naturbelassenes Essen gut schmeckt. Eine gesunde Esskultur entwickelt sich nicht von selbst, wir müssen gute Vorbilder sein.

Gesundes Mittagessen für alle Kinder

Ich fordere eine warme, gesunde Mittagsmahlzeit in allen Kitas und Ganztagschulen zu sozial verträglichen Preisen, damit auch Kinder aus armen Familien davon profitieren. Ein Sprichwort sagt: „Liebe geht durch den Magen“.



Die Schullandschaft in Schleswig-Holstein ist in Bewegung geraten. Das ist eine positive Entwicklung. Viele Beschlüsse der großen Koalition sind allerdings unausgegoren und kontraproduktiv.

Von Fehmarn und Finnland lernen



Das Schulsystem in Schleswig-Holstein ist in Bewegung geraten – darauf können wir stolz sein

Von Karl-Martin Hentschel

Noch im letzten Wahlkampf waren die Grünen die einzigen, die den Mut hatten, mit der Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle in den Wahlkampf zu gehen.

Die SPD wollte die Gemeinschaftsschule als zusätzliche sechste Schulform, FDP und CDU lehnten jede Änderung am dreigliedrigen Schulsystem vehement ab.

Nun ist das Schulsystem in Schleswig-Holstein in Bewegung geraten. Darauf können wir stolz sein.

Aber das Ergebnis ist ein typisches Produkt einer großen Koalition: Es ist ein Wolpertinger, der vorne die Beine eines Hasen, hinten einen Fischschwanz und in der Mitte Adlerschwinge hat. Das sind alles schnelle Tiere, aber in dieser Kombination kann er weder laufen, fliegen noch schwimmen.

Die Regierung hat beschlossen, alle Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen umzuwandeln, wenn die Gemeinde keine Gemeinschaftsschule einführt. Das ist scheinbar mehr, als die

SPD gefordert hat. Offensichtlich hat auch CDU-Spitze in Schleswig-Holstein erkannt, dass die Hauptschule nicht mehr akzeptiert wird. Nur leider ist dieser Kompromiss, die Regionalschule, nur ein unausgegorenes Rückzugsmanöver, mit dem die Landesregierung endgültig alle bis auf die Gymnasien verprellt.

Wir haben von Anfang an davor gewarnt, dass diese Regionalschulen in wenigen Jahren zu neuen Restschulen werden. So mancher Realschullehrer, der noch im Wahlkampf brav für die CDU Wahlkampf gemacht hat, fühlt sich jetzt verraten und überlegt, ob es nicht doch besser ist, wenn seine Schule nun gleich Gemeinschaftsschule wird.

Der Landeselternbeirat der Realschulen geht noch einen Schritt weiter: Er fordert nun die Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems zu einem „differenzierten eingliedrigem Schul-

system“. Da sage ich nur „Willkommen im Boot“.

Die Eltern haben jetzt einen Volksentscheid angekündigt und drohen der Regierung damit, alle Eltern aufzurufen, ihre Kinder auf die Gymnasien zu schicken. Ich kann nur feststellen: Es wird spannend.

Aber wirklich Mut haben bislang nur die Fehmarnbewohner bewiesen. Sie bauen ihr Gymnasium zur Gemeinschaftsschule für alle Kinder um. Sie wollen, dass auf der Insel wie in Finnland über 50 Prozent ihrer Kinder Abitur machen, damit trotz Rückgang der Bevölkerung Fehmarn seine gymnasiale Oberstufe behalten kann.



Wir Grüne wollen lückenlos die beste Bildung – von Kita bis zur Universität

Die Regierung sollte den Mut haben, die Gymnasien überall für alle Kinder zu öffnen und sie so zu Gemeinschaftsschulen zu machen – wie Finnland und Fehmarn das vormachen. ●

Aus dem Landtag

Frauen im Nahen Osten Zwischen Orient und Westen

Im Rahmen der „Kulturwochen Nahost – peace of art“ - lud die Grüne Landtagsfraktion zu einem politischen und künstlerischen Abend über das Leben von Frauen im Nahen Osten ein. Zu den Gästen gehörte die „undercover“ arbeitende CCN-Journalistin Jasna Zajcek, die aus Sicherheitsgründen den Nahen Osten



als Studentin bereist. Sie las aus ihrem bisher unveröffentlichten Buch über die Situation von Frauen in Syrien und dem Libanon. Die deutsch-syrische Künstlerin Maisae Alabdallah-Sörensen setzte sich in ihrer Performance mit Metamorphosen zwischen Kulturen, Tradition, Moderne, zwischen Offenheit und Scham, zwischen Freiheit und Gewalt auseinander.



Im September hat die 21jährige **Eugenia Seibel** ihre Ausbildung als Kauffrau für Bürokommunikation in unserer Fraktion begonnen. Im Juli dieses Jahres hat sie erfolgreich ihr Abitur absolviert und wird uns für die kommenden drei Jahre in der Fraktion begleiten. Dabei wird sie während ihrer Ausbildung nicht nur den täglichen Arbeitsablauf erlernen, sondern auch einen Einblick in die politische Fraktionsarbeit gewinnen. Eugenia interessiert sich besonders für Kunst und Kultur, treibt sehr gerne Sport und malt in ihrer Freizeit.



Eugenia Seibel

Lust an Politik, an der Veränderung der Verhältnisse, begleiten **Isabel Sadewasser** seit fünfzehn Jahren. Studienjahre der Politischen Wissenschaft und politische Arbeit vor Ort mündeten vor mehr als zehn Jahren in den GRÜNEN Eintritt. Isabel ist den meisten schon als Öffentlichkeitsreferentin in der Grünen Landesgeschäftsstelle ein Begriff. Zusätzlich zu dieser Tätigkeit arbeitet sie seit September für die Landtagsfraktion. Schwerpunkt ihrer Arbeit wird die Organisation der neuen Bildungskampagne sein. Entspannen kann Isabel wunderbar in Klettkamp (Kreis Plön), wo sie mit ihrer dreizehnjährigen Tochter Lea, Kater, Katze und anderen Tieren lebt. Expressionisten, BRÜCKE-Kunst, mag sie besonderes gern – und die verschiedenen Gesichter der Ostsee, weshalb sie überzeugte Schleswig-Holsteinerin ist.



Isabel Sadewasser

Bildungspolitische Gespräche

Do., 01.03.2007

Do., 24.05.2007

Do., 27.09.07 (alternativ Do., 04.10.07)

Do., 29.11.2007

jeweils 19 Uhr

▶ Mehr Infos: www.sh.gruene-fraktion

Ruth Atta und Annemarie Rubinke



Diese Ausstellung zeigt die Grüne Landtagsfraktion noch bis zum 31. 01.2007 in ihren Fraktionsfluren. **Ruth Attas** Leitmotiv ist „Die Kunst in den eigenen



Gedanken“ zu entdecken. Bei **Annemarie Rubinke** sind es meist Köpfe, die Ideen wachsen dann während der Arbeit.

Mehr Zukunft mit weniger Geld

Unter dem Motto „Mehr Zukunft mit weniger Geld“ hat die Grüne Landtagsfraktion ihren Gegenentwurf zum Landeshaushalt 2007/2008 vorgestellt. Obwohl wir notwendige neue Aufgaben finanzieren, senken wir die Nettoneuverschuldung um weitere 68 Millionen Euro gegenüber dem Nachtrag der Landesregierung. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Zukunftstechnologien ausgeben. Im Gegenzug sollen die Ausgaben für Subventionen, Sachmittel und Personal sinken. Wenn es nach uns ginge, würde als erste Sparmassnahme der „Entbürokratisierungsspezialsekretär“ Klaus Schlie entlassen. Damit allein könnten 320.000 Euro eingespart werden.

▶ Mehr infos: www.sh.gruene-fraktion.de -> Themen -> Finanzen

Stirbt Stadtkultur, wenn Städte schrumpfen?

Schleswig-Holsteins Städte stehen vor großen Herausforderungen: Sie schrumpfen, ihre Bevölkerung altert, Gewerbe- und Militärbrachen gilt es zu füllen.

Von Grietje Bettin

Wie bleiben unsere Städte lebenswert? Wie können Förderprogramme von Bund, Ländern und EU dafür genutzt werden? Mit diesen Fragen habe ich schleswig-holsteinische Städte besucht und war beeindruckt von den verschiedenen Lösungsansätzen.

Verbesserung von Lebensqualität und Image der Quartiere

Benachteiligte Stadtteile leiden besonders unter ihrem „Image“. Ist dieses schlecht, sind der Zuzug von „VerliererInnen“ und der Wegzug von „GewinnerInnen“ kaum zu stoppen. Private Investitionen bleiben aus, die Kluft zwischen den Stadtvierteln wird größer. Das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ soll helfen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Mit ihm wurde in

Flensburg-Neustadt ein ganzes Viertel zum Lebensmittelpunkt aufgepeppt: Stadtteilzentrum und -büro wurden eingerichtet, eine Qualifizierungswerkstatt entstand. Das Kulturzentrum Walzenmühle wird demnächst fertig sein.

Das ist nur sinnvoll: Dauerhafte soziale Unterstützung schafft eine Stabilisierung in Stadtteilen, die als problematisch gelten. Allein die positive Wahrnehmung des eigenen Viertels schafft eine bessere Lebensqualität für die Menschen. Vor allem aber erfahren Kinder eine andere Kultur des Aufwachsens.

Gemeinden, vereinigt Euch!

Rendsburg hat über die Stadtsanierung hinaus mit zwölf Umland-Gemeinden

einen Strukturfonds geschaffen, um die kommunale Lebensqualität zu verbessern. Dieses einzigartige Projekt folgt der Einsicht, dass man gemeinsam in der Region mehr gegen das Ausbluten tun kann. Aus dem Fonds können auch die Eigenbeiträge zu den Förderprogrammen finanziert werden. Daneben betreibt Rendsburg eine reibungslose Kooperation mit der Nachbargemeinde Büdelsdorf.

Unsere Stärke: Das Wasser!

Ob Förde, Kanal, Schlei oder Trave - an allen Ufern unserer Städte gibt es noch große Brachen, auf denen wassernahes Leben möglich wäre. Die norddeutschen Projekte sind darauf ausgerichtet:

Die Anbindung der Neustadt ans westliche Fördeufer in Flensburg ebenso wie die Erschließung des Obereiderhafens in Rendsburg. Schleswig richtet die erste Landesgartenschau Schleswig-Holsteins aus und integriert so die am Wasser gelegenen Königswiesen ins Stadtbild.

Mein erster Eindruck: Die Fördergelder von Bund und Land sind gut angelegt. Die Städte nutzen ihre Chance engagiert und erfolgreich. Das Programm Soziale Stadt sollte konsequent ausgebaut und verstetigt werden.

Sorge bereitet mir aber die Tendenz, künftig vor allem in „Wachstumskerne“ investieren zu wollen. Doch gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist sichtbar: Die Regionen müssen ebenso zum Zuge kommen wie die Zentren. Nur so erhalten wir auch kleine Städte lebenswert. ●



*Grietje Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen*



Der nächste Kulturbesuch findet im weihnachtlichen Lübeck statt

www.danielamdt.com



Verhandlungspoker um Fehmarnbelt und A 20

Für Fehmarnbelt will der Bund kein Geld geben. Dann wenigstens für die Elbquerung A 20, fordert Austermann. Aber: wir brauchen keines der beiden Projekte.

Von Rainer Steenblock



*Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen*

Ende des Jahres wird Berlin vermutlich die Pläne für die sechs Milliarden Euro teure Brücke über den Fehmarn-Belt beerdigen. Trotz zäher Verhandlungen ist kein privater Investor in Sicht, der das Finanz- und Verkehrsrisiko

übernimmt. Auch die Zuschüsse der EU dürften wesentlich geringer ausfallen als erhofft. Kiels Verkehrsminister Dietrich Austermann sieht Schleswig-Holstein dadurch benachteiligt. Um doch noch von öffentlichen Töpfen zu profitieren, forderte er den Bund auf, gleichsam als Kompensation den bisher als Mautprojekt geplanten Elbtunnel bei Glücksstadt komplett zu bezahlen. Von der Bundesregierung wollte ich wissen, was das für die Planungen zur A 20 bedeutet und welche Kosten auf uns zukommen. Das Ergebnis: wie und wann die Elbquerung realisiert wird, ist völlig unklar. Derzeit prüft das Bundesverkehrsministerium, ob sich der Elbtunnel überhaupt für die Finanzierung über eine Mautgebühr eignet. Erst dann wird endgültig über das Finanzierungskonzept entschieden. Klar ist derzeit nur eines: die explodierenden

Kosten - von anfangs 380 Millionen auf jetzt 740 Millionen Euro - lassen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projekts aufkommen und machen eine private Finanzierung der Elbquerung unrealistisch. Wir lehnen es ab, in ein Projekt öffentliche Gelder zu stecken, das sich bereits in der Planungsphase nicht rechnet. Eine Umschichtung knapper öffentlicher Mittel von der Fehmarnbelt- zur Elbquerung, nur um Austermanns lokalpatriotische Forderungen zu befriedigen, darf es nicht geben. Denn beide Projekte sind unsinnig und nur auf Kosten sinnvoller Verkehrsprojekte zu realisieren. ●



Mufti von Buchara (Usbekistan), Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, Rainer Steenblock

Fachgespräch Meerespolitik

Für einen ambitionierten Meeresschutz

„Grüne Vorschläge für einen ambitionierten Meeresschutz“ haben wir mit Vertretern von EU-Kommission, Greenpeace, der Grünen im EU-Parlament, mit Wissenschaftlern und Gästen am 23. Oktober in Berlin diskutiert. Wir hatten zum Fachgespräch geladen, um Defizite und Alternativen des „Grünbuchs Meerespolitik“ der EU-Kommission zu diskutieren. Wir wollen das Grünbuch, das sich stark an wirtschaftlichen Interessen orientiert, um eine „Umweltsäule“ ergänzen. Konkret bereiten wir eine Stellungnahme vor, um sie in den Konsultationsprozess der Kommission bis Ende 2007 einzubringen. ●

Mit Außenminister Steinmeier durch Zentralasien

Die Reise mit Außenminister Steinmeier durch Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan war eine einzigartige Gelegenheit, mir ein eigenes Bild von der Lage in Zentralasien zu machen. Es ist eine vielschichtige und facettenreiche Region, die für uns vor allem aus energie- und sicherheitspolitischen Gründen sehr wichtig ist. Allerdings müssen die Menschenrechte bei der Kooperation in den Mittelpunkt rücken. Daher ist es konsequent und richtig, Zentralasien während der deutschen EU-Präsidentschaft hoch auf die politische Agenda zu setzen. ●



Wahlkreisbüro Bettin
 Claudia Prehn
 Florian Bernstorff
 Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
 Telefon 0431 5578262
 Telefax 0431 5578224
 grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro
 Konstanze Ullrich
 Nina Morschhäuser
 Stephan Kolbe
 Unter den Linden 50, 10117 Berlin
 Telefon 030 227-75052
 Telefax 030 227-76051
 grietje.bettin@bundestag.de

www.g-bettin.de

Das Team um Grietje Bettin

In Berlin kümmert sich Konstanze Ullrich um alles, was sich organisieren lässt. Wissenschaftliche MitarbeiterInnen sind Nina Morschhäuser und Stephan Kolbe.

Im Wahlkreisbüro organisiert Claudia Prehn Termine, beantwortet Anfragen aus dem Wahlkreis und organisiert Bildungsfahrten nach Berlin, Florian Bernstorff ist zuständig für Pressearbeit, wissenschaftliche Arbeit und Kontakte in die Partei.

Von links nach rechts: Grietje Bettin, Stephan Kolbe, Konstanze Ullrich, Florian Bernstorff, Claudia Prehn, Nina Morschhäuser ●

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
 Thorsten Berndt
 Damm 48, 25421 Pinneberg
 Telefon 04101 553987
 Telefax 04101 553986
 rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
 Irene Hahn
 Pia Kohorst
 Unter den Linden 50, 10117 Berlin
 Telefon 030 227-72056
 Telefax 030 227-76056
 rainer.steenblock@bundestag.de

www.rainer-steenblock.de



Das Berliner Team: Manuela Siebert, Irene Hahn, Pia Kohorst

Das Team um Rainer Steenblock

Manuela Siebert ist als meine Sachbearbeiterin verantwortlich für die Berliner Büroorganisation, managt meinen Terminkalender und bearbeitet Bürgeranfragen. Irene Hahn (Dipl.-Politologin), Wissenschaftliche Mitarbeiterin, leitet mein Büro. Sie betreut die EU-Politik u.a. mit den Themen: EU-Ratspräsidentschaft, Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU, Ost- und Südosteuropa und Strukturpolitik. Außerdem ist sie für meine Arbeit in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE verantwortlich. Pia Kohorst (Politikwissenschaftlerin MA), Wissenschaftliche Mitarbeiterin, ist u.a. verantwortlich für die Themen Verkehrspolitik, Seeverkehr sowie Europäischer Verfassungsvertrag und EU-Finzen. Außerdem hält sie den Kontakt zum Wahlkreis und nach Schleswig-Holstein. Ramuné Kobaite unterstützt als Studentische Mitarbeiterin das ganze Team bei seiner Arbeit.

Barbara Laubheimer und Thorsten Berndt kümmern sich im Wahlkreis um Termine, Pressearbeit, Fahrten nach Berlin und Straßburg, Kontakte und Themen aus dem Wahlkreis und der Region. Darüber hinaus ist das Pinneberger Team für die Vernetzung mit GRÜNEN Gremien in Schleswig-Holstein zuständig. ●

Kurzinfos

Grüne Volksinitiative stoppt Waldverkauf

Wir haben es geschafft: Der Totalverkauf des Landeswaldes ist vom Tisch. Dies ist ein großartiger Erfolg unserer Volksinitiative!

Aber das Gezerre um die Zukunft des Waldes geht weiter. Die Landesregierung prüft, ob eine Anstalt öffentlichen Rechts, ein Landesbetrieb oder eine landeseigene, bzw. teilprivate GmbH den Wald günstiger und effizienter bewirtschaften kann. Natur- und Artenschutz blieben bei einer rein am Ertrag ausgerichteten Nutzung auf der Strecke.



Jürgen Kaldewey (OV Segeberg) und Marlies Fritzen am Infotresen gegen den Waldverkauf

Trotz der Abwendung des Totalverkaufs hat die schwarzrote Regierung den Verkauf des Forstes Christianslust in Dithmarschen beschlossen. Eine Garantie zur Bewahrung der Gemeinwohlbelange gibt es dann nicht mehr. Wir Grüne werden diese umweltfeindliche Politik weiterhin bekämpfen. **M.F.**

Promovierendenkolleg in Flensburg

Die Heinrich-Böll-Stiftung will ein Promovierendenkolleg in Flensburg einrichten. Fünf DoktorandInnen sollen ab 1. Oktober 2007 zum Thema „Verantwortliche Hochschule“ forschen.

► Mehr Infos: anke.erdmann@gruene.de

Landratswahl in Ostholstein

Willi Voigt, früherer Energiestaatssekretär, hat bei der Landratswahl in Ostholstein mit 33,5 Prozent das bislang beste grüne Ergebnis erzielt. Ebenfalls erstmalig war, dass SPD und Grüne sich auf einen gemeinsamen Grünen Kandidaten verständigt hatten. Herzlichen Glückwunsch, Willi!



Willi Voigt

Neuer Grüner Ortsverband

In Kappeln (Kreis Schleswig-Flensburg) hat sich ein grüner Ortsverband gegründet. Selina Storm und Norbert Dick sind die SprecherInnen, denen wir viele grüne Erfolge wünschen.



Selina Storm

► Mehr Infos: www.gruene.w3nodi.net

► Termine immer aktuell auf www.sh.gruene.de

Impressum

Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report

Grietje Bettin und Rainer Steenblock
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Bettin)
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind

Dr. Jörg Nickel

Gestaltung grüne welle + fördewind

Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report

Claudia Prehn

Grafische Konzeption

IN.MEDIUM GmbH | Agentur für Mediengestaltung
E-Mail: info@inmedium.net, Internet: www.inmedium.net

Druck

Oktoberdruck AG, Berlin